

Rede Michael Groß, MdB

**Plenum, Donnerstag, 26.01.2012, Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Wohnraum in Deutschland zukunftsfähig machen - Für ein sozial gerechtes
und klimafreundliches Mietrecht, Drs. 17/7983, TOP 8**

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Aufgabe ist klar: Wir müssen Wohnraum zukunftsfähig gestalten – sozial gerecht und umweltschonend. Ich ergänze: bezahlbar, ökonomisch sinnvoll und barrierearm.

Im Gebäudebestand müssen wir die energetische Sanierung voranbringen, wenn wir unsere Klima-schutzziele erreichen wollen. Wir wissen, wer saniert, saniert nicht nur energetisch. Die Lebensdauer von Heizungsanlagen, Fassaden, Dächern, Fenstern und die Verbesserung der Wohnqualität spielen für die einzelnen Sanierungen eine Rolle. Wir begrüßen, dass von vielen Eigentümern auch altersgerecht und barrierearm umgebaut wird.

Die simple Rechnung, dass Mieter und Eigentümer automatisch profitieren geht nicht auf: Geringere Energiekosten kompensieren nicht durch Sanierungskosten steigende Mieten.

Der Vermieter erhält nicht in jeder Region einen entsprechenden Mehrwert für seine Immobilie durch die Sanierung. In Wachstumsregionen explodieren die Mieten nach vorgenommenen Sanierungen. Die heute kalkulierten Einsparungen für den Mieter bei den Heizkosten sind so geringfügig, dass sie bei bis zu 70% hohen Mietsteigerungen kaum mehr ins Gewicht fallen. Und es handelt sich nicht um Einzelfälle. Auch wenn man massive Steigerungen der Energiepreise einberechnet, können diese Mehrbelastungen langfristig nicht kompensiert werden.

In anderen Regionen sind noch nicht mal Mieterhöhungen von unter einem Euro am Markt umsetzbar.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf die Einkommenssituation in Deutschland zu achten. 1,4 Millionen Menschen müssen ihre Löhne aufstocken lassen.

Die OECD stellt fest: Besonders die unteren Einkommen sind in Deutschland gesunken. Deshalb muss über die Wiedereinführung der Heizkostenpauschale dringend nachgedacht werden. Wenn Mieter sich ihre energetisch sanierten Wohnungen nicht mehr leisten können, wenn Mieter durch ihre geringeren Einkommen in energetisch schlechtere Wohnungen gedrängt werden, muss Politik, müssen wir, zügig handeln!

Die sozialen Auswirkungen der Energiepolitik müssen mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Wir wollen keine Klima-Segregation! Keine Stadtteile in denen ausschließlich Menschen leben, die sich bezahlbare, gute Wohnungen und Umweltschutz nicht mehr leisten können. Wir brauchen Zielsetzungen mit Augenmaß. Eine komplexe Aufgabe muss in Gesamtzusammenhängen betrachtet und gelöst werden.

Für eine schnelle und wirksame energetische Verbesserung des Gebäudebestandes ist es wichtig,

1. wesentlich stärkere Anreize für kleinteilige Maßnahmen mit geringem finanziellen Aufwand anzubieten,
2. Kontinuität und Planbarkeit bei den Zielsetzungen herzustellen und mindestens 2 Milliarden Förderung im Haushalt mittelfristig bereitzustellen,
3. den Quartiersbezug in den Städten zu beschleunigen, um abgestimmt die notwendigen Sanierungen und eine zukunftsfähige Energieversorgung im Zusammenhang umzusetzen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, das Mietrecht hat eine soziale Funktion. Ob das Mietrecht aber auch eine energetische Funktion haben kann, sollte vorab genau geprüft werden. Wir wollen Mieter schützen und Eigentümer motivieren.

Das Mietrecht ist sicher nur ein Baustein auf dem großen Baufeld und nicht die tragende Mauer.